

Innenpolitische Turbulenzen vor NATO-Gipfel

Drei Wochen vor dem mit Spannung erwarteten NATO-Gipfel in Bukarest stimmte die Parteispitze der Demokratischen Partei der Albaner (DPA) am 13. März für den Austritt aus der Regierungskoalition mit der mazedonischen VMRO-DPME unter Premier Gruevski. Grund war offensichtlich die Absage Gruevskis an DPA-Chef Thaci, dessen Forderungen zur Verbesserung der Stellung der albanischen Minderheit im Land und zur baldigen Anerkennung des Kosovo wortwörtlich umzusetzen. Diese Forderungen seien ein „Erpressungsversuch“, so Gruevski, den er nicht akzeptiere: „Dieser Schritt schwächt erheblich die Stellung des mazedonischen Staates unmittelbar vor den kommenden Herausforderungen... und zerstört den Ruf unseres Landes.“¹

Unzufriedenheit der Albaner

Die innenpolitische Situation im Land ist angespannt, da die Mehrheit der albanisch-stämmigen Bevölkerung (mit einem Anteil von rund 25% aller Einwohner Mazedoniens) nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo noch stärker ihre Rechte einfordert. Diese sind im Ohrid-Abkommen festgesetzt, das nach den Unruhen 2001 eine ihren Bevölkerungsanteil entsprechende Repräsentanz in den staatlichen Behörden sowie auf politischer Ebene garantiert. Obwohl der albanische Anteil sich insbesondere seit den letzten Par-

lamentswahlen unter der neuen Regierung dem Soll-Wert stark angenähert hat, fühlen sich viele Albaner gegenüber den ethnischen Mazedoniern weiterhin benachteiligt – vor allem, wenn sie auf die nunmehr „unabhängigen“ Nachbarn im Kosovo schauen, die ihre Geschäfte seit dem 17. Februar selber in die Hände nehmen. Um die Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner der Region, Serbien, nicht zu gefährden und aus Rücksicht vor der instabilen Situation im Kosovo, die gleichfalls die Stabilität Mazedoniens gefährdet, hat Skopje die Unabhängigkeit Pristinas bisher noch nicht anerkannt.

Der Namensstreit mit Griechenland

Premierminister Gruevski hat die Einladung Mazedoniens zur NATO zum Hauptziel seiner Regierungspolitik gemacht: Seit Jahresbeginn reisen er, sein Außenminister, der Verteidigungsminister und auch Präsident Cervenkowski im Wochentakt nach Brüssel und betreiben Lobbying in den NATO-Staaten. Doch der NATO-Beitritt erscheint ohne eine Lösung des Namensstreits mit Griechenland unmöglich. Letzterer beherrscht die Berichterstattung sämtlicher Medien im Land und heizt die Stimmung im Lande durch Kommentare von Politikern der Regierungs- und Oppositionsparteien ständig auf. Die letzten Vorschläge des UN-Vermittlers Nimetz scheiterten Anfang März. Jetzt erhöhen die USA den Druck auf beide Seiten, noch vor dem Gipfel in Bukarest eine einvernehmliche Lösung zu finden. Dieser Druck auf Skopje hat die Regierungsarbeit bei der Lösung der innenpolitischen Prob-

¹ Interview Gruevskis mit der Macedonian Information Agency (MIA) vom 16.3.08: idividi.com.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN

HENRI BOHNET

18. März 2008

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

leme und der Fortführung notwendiger Reformen in allen anderen Politikbereichen fast zum Stillstand gebracht.

Ineffektive Regierungsarbeit der DPA

Den Ausstieg aus der Regierung hatte DPA-Chef Thaci schon mehrmals während der 18 Monate dauernden gemeinsamen Koalitionsarbeit angedroht, zuletzt vergangenen Sommer, als Gruevskis VMRO-DPME den Dialog mit der zweiten albanischen Partei DUI suchte, die die Arbeit des Parlaments über Monate hinweg blockierte. Die Unvereinbarkeit der Vertretung albanischer Interessen durch DUI und DPA geht auf die Unruhen 2001 zurück: die DPA war in der Regierung, während die damaligen Rebellen der UCK nach dem Ohrid-Abkommen die DUI mitbegründeten.

Nachdem die Popularität von Thacis Partei in den letzten Monaten aufgrund ineffektiver Regierungsarbeit seiner Minister stark gelitten hat (kürzlichen Umfragen zufolge unterstützen nur 5% der Bevölkerung die DPA, im Gegensatz zu 11% für die DUI) und die Gerüchte über baldige, vorgezogene Wahlen zunahmen – bei der die DPA voraussichtlich einige ihrer elf Mandate im Parlament verloren hätte, setzte der Parteichef alles auf eine Karte: Um die Glaubwürdigkeit seiner Partei zu bewahren, stellte er das genannte Ultimatum mit insgesamt sechs Forderungen an Gruevski. Drei Wochen vor Bukarest hoffte die DPA auf ein Einlenken des mazedonischen Regierungspartners. Vergeblich. Daraufhin musste der Austritt aus der Regierung vollzogen werden: Das Verhalten der VMRO-DPME-Regierung sei „unverantwortlich“, sie betreibe eine „unverantwortliche Politik“ kurz vor der NATO-Entscheidung, so Thaci.²

Alle Augen auf NATO-Gipfel in Bukarest

Vergangenen Samstag haben sich die Vorsitzenden aller im Parlament vertretenden Parteien getroffen und sich darauf geeinigt, die Arbeit der Regierung mit Hinblick auf den NATO-Gipfel vorerst zu unterstützen. Bis dahin führe die VMRO-DPME eine Minderheitsregierung „mit breiter politischer Unterstützung“, so Außenminister Miloski: „Wir hoffen, dass diese Unterstützung durch die Arbeit im Parlament untermauert wird.“³ Auch wenn die DPA durch Vizepremier Aliu ihren definitiven Ausstieg aus der Regierung am 17. März erneut bestätigte, arbeitet das Regierungskabinett bis jetzt weiter wie bisher. Ob der Schaden, der durch das riskante Spiel beider Regierungspartner und deren fehlenden Dialog verursacht wurde, rechtzeitig eingedämmt worden ist, um doch noch wider Erwarten den erhofften NATO-Beitritt zu erlangen, wird der Gipfel in Bukarest zeigen. Danach erscheinen vorgezogene Wahlen unausweichlich.

² Siehe „Balkan Insight“ vom 13.3.08.

³ Siehe „South East European Times“ vom 17.3.08.